

Interpellation Nr. 62 (Oktober 2010)

10.5265.01

betreffend überdurchschnittliches Wachstum der Krankenkassenprämien

Nachdem der Kanton Basel-Stadt mit seinen hohen Krankenkassenprämien bereits den Kanton Genf überholt hat, kommt nun der nächste Schock, indem die Prämien in Basel-Stadt überdurchschnittlich ansteigen. Obwohl die Gesundheitskosten nur moderat steigen, explodieren die Prämien förmlich, wie es die BaZ vom 2. Oktober 2010 betitelt.

Die hohen Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt sind für die Bevölkerung je länger je mehr nicht mehr tragbar und teilweise auch kaum mehr zahlbar. Schliesslich gibt es Personen bzw. Familien, die mehr Krankenkassenprämien als Steuern bezahlen. Zu der bereits sehr schwierigen Situation kommt nun nochmals ein überdurchschnittlicher Anstieg der Prämien dazu, was einfach unverständlich ist.

Aufgrund dieser absolut unhaltbaren Situation für die Bevölkerung in Basel-Stadt, bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie erklärt sich die Regierung das überdurchschnittliche Wachstum der Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2011?
2. Wie steht dieses Wachstum im Verhältnis mit dem Anstieg der Gesundheitskosten?
3. Ist die Regierung der Ansicht, dass die Mengenausweitung auf die Krankenkassenprämien einen Einfluss hat und wie gedenkt die Regierung dies in Zukunft anzugehen?
4. Und welchen Einfluss hat die Spitalplanung auf den Anstieg der Prämien und wie gedenkt die Regierung, hier vermehrt eine Konzentration der Leistungen herbeizuführen?
5. Warum ist und bleibt der Kanton Basel-Stadt der absolute Spitzenreiter mit den teuersten Krankenkassenprämien?
6. Ist die Regierung nicht der Ansicht, dass auch andere vergleichbare Schweizer Städte ausserordentlich gute und hohe Gesundheitsleistungen anbieten? Und wieso sind die Prämien in diesen vergleichbaren Kantonen nicht so teuer wie in Basel-Stadt?
7. Was gedenkt die Regierung kurz-, mittel- und längerfristig gegen diesen massiven Prämienanstieg zu tun? Insbesondere auch, welche konkreten Einwirkungen auf die Gesundheitspolitik Basel-Stadt geplant sind?

Tanja Soland